



Der Landesstreik

Ein Wort zur Aufklärung an alle Schweizer

Im Lügen-Wirrwarr.

Es ist merkwürdig. Der Landesstreik liegt nur ein paar Tage hinter uns. Wir alle haben ihn miterlebt, mit eigenen Augen gesehen, und dennoch begegnen wir heute schon den widersprechendsten Darstellungen und Meinungen. Bereits hat die Sage sich seiner bemächtigt. Phantastische Erfindungen gehen um. Es kamen tausend Zeitungen und tausend Versammlungen und Millionen von Gesprächen, und alle wußten etwas anderes und wußten alles besser, bis aus den ganz einfachen Tatsachen ein ungeheurer Wirrwarr geworden war, in dem Tatbestand und Lügen, Wahrheit und Dichtung kaum mehr zu unterscheiden sind. Darum greift einer hier zur Feder, der alles aus nächster Nähe gesehen hat. Ich will alles haarklein erzählen, wie es zu- und hergegangen ist, und ich nehme kein Blatt vor den Mund. Ich will nur die Wahrheit sagen. Darin wird jeder Auskunft finden über alles das, was ihm am Generalstreik noch unklar oder rätselhaft vorkommt.

Wie es kam.

Das Unbegreifliche am Landesgeneralstreik ist sicher das, wie es denn möglich war, daß Hunderttausende von Arbeitern und Zehntausende von Arbeiterinnen sozusagen auf einen Schlag die Arbeit verließen. Es streikten weit mehr Arbeiter, als die Arbeiterorganisationen Mitglieder zählen, und auch diese Organisationen waren sonst kein geschlossenes Ganzes. Jede ging früher mehr oder weniger ihre eigenen Wege. Auch waren sie vor dem Krieg und noch mehr nach Kriegsausbruch klein und unbedeutend. Was kittete sie auf einmal alle so fest zusammen? Was bewirkte, daß sich zweihunderttausend Arbeiter organisierten? Kein General und kein Komitee hatte die Macht, über sie zu kommandieren. Wie kam es, daß diese ungeheure Zahl Menschen, mehr als die schweizerische Armee Soldaten zählt, plötzlich gemeinsame Sache machten und miteinander handelten? Auf diese Fragen muß man zuerst Antwort geben.

Einiges über unsere Demokratie.

Die Schweiz ist eine Demokratie. Wir Schweizer rühmen uns sogar, die älteste Demokratie der Welt zu sein. Vielleicht ist sie gerade wegen ihres hohen Alters etwas müde und lebensschwach geworden und im Blute schon abgestorben. Denn diese Demokratie ist eine Demokratie nur der Form, nicht ihrem Inhalt nach. Das will heißen, daß vor dem Gesetze wohl alle Schweizer gleiche Rechte haben, aber in Wirklichkeit besteht unter den Schweizern eine rechte Ungleichheit. Die einen Schweizer leben jahraus, jahrein in Sauf und Braus. Sie wohnen in prachtvoll möblierten Häusern, luxuriösen Villen. Die Lebensmittelnot während des Krieges, die Hungerrationierung, die schrecklichen Lebenskosten haben ihnen nichts zuleide getan. Sie haben sich am Kriege gemästet. Sie haben alle zusammen einige Milliarden Kriegsgewinne auf die Banken getragen. Sie arbeiten nichts, sondern lassen andere für sich arbeiten. Sie gehen in rauschenden

Gewändern. Ihre Vorratskammern sind gefüllt. Sie sitzen an vollbesetzter Tafel. Sie geben Feste und Gastmähler. Sie fahren Automobil und machen Lustreisen. Ihr Dasein ist wie ein Scharaffenland. Sie sind groß und einflussreich. Ihre Macht beherrscht die Parlamente und Regierungen. Sie sitzen auf Rats- und Regierungssesseln. Sie befehlen und kommandieren. Mit ihrem Kapital beherrschen sie das Volk und verunmöglichen eine wirkliche Volksherrschaft, eine wahre Demokratie.

Die andern.

Die andern haben es weniger gut. Ihr Leben ist Sorge und Arbeit von Kindesbeinen an bis ins gebrechliche Alter. Sie radern und schinden tagaus und -ein. Sie sparen und gönnen sich nichts, und bringen es doch zu nichts. Da ist der Schuldenbauer: Was er hervorbringt, liefert er dem Hypothekargläubiger, dem Bankaktionär, als Tribut ab. Da ist der Arbeiter in den industriellen Städten und Gegenden: Hauszins und Steuern, direkte und indirekte Abgaben erdrücken ihn schier. Für Nahrung und Kleidung, für die berufliche Ausbildung seiner Kinderschar bleibt bei einer Teuerung von nunmehr 150 Prozent gegenüber der Zeit vor dem Kriege viel zu wenig übrig. Das Elend nimmt bei ihm Wohnung und läßt sich nie mehr vertreiben. Aber seine Arbeitgeber, die großen millionenschweren Aktiengesellschaften, verteilen in verschwenderischer Fülle an ein paar Großkapitalisten Dividende und Superdividende, Tantiemen und Bonus. Der Finanzhaushalt von Staat und Gemeinden aber bricht fast zusammen unter der Last der Unterstüzungen, die dennoch im einzelnen Falle nicht mehr als ein unzureichendes und erniedrigendes Almosen sind. Daher die Unzufriedenheit und die fortwährende Unruhe. Daher die Volksbewegungen von unten, die fortgesetzt an den Fundamenten dieser ungesunden und unhaltbaren Zustände rütteln und sie erschüttern. Der Weltkrieg ist zu Ende. Aber die furchtbaren Kriegswirkungen dauern an. Die Weltkrise droht und der Weltbankrott. Aus dem gesamten arbeitenden Volk sollen die Hunderte von Milliarden an Kriegsschulden herausgepreßt werden. Die Neutralen müssen mitbluten durch maßlos erhöhte Produktionspreise. Jeden von uns trifft es schon und wird es weiter treffen. Erwartet nicht die Wiederherstellung der früheren „normalen Verhältnisse“. Das ist vorbei. Eitle Hoffnung! Die Welt geht als eine andere aus diesem Krieg hervor, als wie sie in ihn eintrat. Es gibt nur ein Vorwärts, kein Zurück! Was wir tun werden, wie das Volk sich jetzt und in den nächsten Jahren seiner Haut wehrt, ist die Hauptsache, nicht was einmal war.

Das Regiment der Minderheit.

Es ist in diesen Tagen so viel davon die Rede gewesen, daß eine Minderheit ihr Regiment aufrichten wolle. Wenn wir es recht betrachten, so haben wir die Herrschaft der Minderheit schon. Die heute in der Eidgenossenschaft regierende freisinnige Partei, die wie Oesterreich-Ungarn in voller Auflösung begriffen ist, hat keine Volksmehrheit mehr hinter sich. Das hat die Abstimmung über den Nationalratsproporz gezeigt und das wird die Wahl des Nationalrates nach dem Verhältniswahlverfahren erst recht zeigen. Sie war und ist eine Herrenpartei, eine Partei der Großindustriellen und der Bankgewaltigen, eine Partei der großbäuerlichen Zinsklipider, ein Sammellasten aller rückschrittlichen Elemente. Sie regiert nach ihrem Sinn. Vermöge der Einrichtungen des Staates hält sie das Volk scharf unter dem Daumen und hält es in politischer Unwissenheit, damit es sich nicht zur Wehr setze und gutmütig und einfältig immer wieder die alten Herren in den Sessel lüpfte. Diese regierende Minderheit, die heute noch die Mehrheit des Bundesrates und des Nationalrates stellt, stemmt sich aus Eigennutz gegen energische Verbesserungen im Staate zugunsten des Volkes. Sie sieht die Not des Volkes nicht. Sie wehrt sich mit Klauen und Zähnen, mit Säbel und Gewehr gegen notwendige Änderungen. Sie sieht nicht, daß die „demokratische“ Schweiz vom monarchischen Aus-

lande und zahlreichen demokratischeren Staaten innerhalb und außerhalb Europas in der Lösung vieler sozialer Aufgaben schon bei weitem übertroffen ist. Sie bemerkt nicht, daß die „älteste Demokratie“ in bezug auf die Lösung der gesellschaftlichen Probleme der heutigen Zeit längst nicht mehr als Vorbild an der Spitze der Nationen marschierte, sondern an ihrem Schwanz. So kam es, daß die regierende Minderheit weit hinter der Zeit zurückblieb und das Land den größten inneren Erschütterungen preisgab.

Die Gesetzesverächter.

Die regierende Minderheit fühlte sich so allmächtig, daß sie sich selber nicht mehr an die bestehenden Gesetze und die Verfassung glauben zu müssen, obgleich das dritte Wort in ihrem Munde „Gesetzlichkeit“ hieß. Sie mißachtete den Volkswillen nach Belieben. Sie schob in verfassungswidriger Weise die Abstimmung über die Initiative für die Verhältniswahl des Nationalrates um Jahre hinaus, um ihre Sessel zu retten. Sie hielt es bis zur Stunde nicht für nötig, die verfassungsmäßig zustande gekommenen Volksinitiative über die Abschaffung der Militärjustiz dem Volke zu unterbreiten. Sie verschob ganz willkürlich die Inkraftsetzung des vom Volke angenommenen Fabrikgesetzes. Nicht anders handelte sie mit der in der Volksabstimmung angenommenen Unfallversicherung. Sie ließ es zu, daß während der beiden ersten Kriegsjahre in gesetzwidriger Weise ungeheure Lohnreduktionen an Arbeitern und Angestellten vorgenommen wurden, während das Schiebertum und der Wucher üppig gebiehn. Regierungsräte und Obersten hamsterten ungeniert. Die politischen Geschäftsführer des Kapitals auferlegten selbst dem arbeitenden Volke einen Teil der Mobilisationskosten, wo ein Prozentfuß der Kriegsmilliardengewinne ausgereicht hätte, um die gesamte Mobilisationsschuld zu bezahlen. Dafür nahm man für die Zeit nach dem Kriege indirekte Steuern in Aussicht. Bereits soll die Brotsteuer (Getreidezoll) eine ausgemachte Sache sein. In Kanton und Gemeinden übte sich die gesamte besitzende Klasse darin, im Steuern das öffentliche Gemeinwesen nach Not zu beschummeln. Hohe Offiziere, die sich schwerste Vergehen gegen die Neutralität hatten zuschulden kommen lassen, wurden unter dem Beifall der Staatslotscher freigesprochen. Arme Teufel wanderten zu Hunderten wegen der kleinsten Delikte auf ein paar Monate ins Loch. Das Personal des Bundes bei Post, Telegraph und Eisenbahn, selbst die untersten Kategorien, hat man in den Jahren 1915 und 1916 in gesetzwidriger Weise um viele hundert Franken per Mann und Jahr verkürzt, ferner eine Reihe von Vergünstigungen ihnen plötzlich entzogen, aber ihnen die doppelte Militärsteuer verlangt und dem Fahrpersonal ungenügende Diäten ausbezahlt. Die Generalvollmachten wurden so einseitig im Interesse des „arbeitenden Kapitals“ gehandhabt, die Lebensmittelversorgung und Verteilung so eingerichtet, daß, was für die untere Bevölkerung da und dort an Vergünstigungen abfiel, nicht mehr war, als ein Bettelbissen neben der fürstlichen Tafel, die der Krieg für die Kriegsprofitler gedeckt hat. Was für das Volk getan wurde, geschah immer erst auf Druck und Stoß von unten. So handelten die, welche die Wächter des Gesetzes und der Volkswohlfahrt sein sollten!

Die Folgen.

Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last,
Greift er hinauf getrostes Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.

So sagt Schiller von den alten Eidgenossen, als sie sich des Uebermutes und der österreichischen Bögte zu erwehren begannen. Selbsthilfe! Das ist das einzige, was auch

heute den notleidenden Klassen im Lande noch helfen kann. Es muß einer einen Rücken haben an dem andern. Das fühlten auf einmal Zehntausende. Und nun traten sie in Massen in die Organisationen ein. Auch die Angestellten, die Hungerleider im Stehtragen, erkannten es, sie setzten sich in ihren Organisationen zur Wehr und schlossen sich der Gesamtheit aller andern an. So wurde der beste, aufgeklärteste, regsamste Teil der schweizerischen Arbeiter und Angestellten zu einer einheitlichen solidarischen Masse zusammengeschweißt, die gewillt war, durch Selbsthilfe zu ihrem Rechte zu gelangen, wenn es notwendig sein würde, sogar durch die Verweigerung der Arbeit. Schon im Sommer dieses Jahres hing es an einem Haar, daß der Landesstreik ausgebrochen wäre. Damals genügte die Drohung, um der über Gesetz und Verfassung hinwegregierenden Minderheit im Bundeshaus begreiflich zu machen, daß es so nicht weitergehen könne. Sie sah sich auf einmal gegen ihren Willen und mit größter Unlust genötigt, nachzugeben und einige wenige Forderungen des eidgenössischen Personals zu genehmigen. Aber die Notlage der Arbeiterschaft besserte sich nicht.

Das Maß wird voll.

Was den Hafen zum Ueberlaufen brachte, war eine Mordskalberei, die — natürlich! — der Regierungsrat des Kantons Zürich, dieses halbe Greisenahyl, zustande gebracht hat.

Man wußte, daß die kriegsführenden Mächte, insbesondere Deutschland, während des Krieges in der Schweiz nicht nur Spionage-Agenturen, sondern einen sogenannten terroristischen Dienst gegen das feindliche Ausland eingerichtet hatten, der in strupellos verbrecherischer Weise mit Bomben und Typhusbazillen arbeitete. Die Zentrale für diesen Dienst war das deutsche Generalkonsulat in Zürich. Es warb Subjekte, die sich zu solchen ehrlosen Handlungen hergaben. Auch Waffensendungen, namentlich Revolver mit Munition, wurden aus Deutschland eingeschmuggelt, um nach Italien und Frankreich weitergeleitet zu werden. An all dem hat kein einziger sozialdemokratisch organisierter Arbeiter sich beteiligt. Auch die gerichtlichen Untersuchungen haben den Nachweis erbracht, daß die organisierten Arbeiter mit diesen Schweinereien nichts zu schaffen hatte. Wohl aber hat die brave bürgerliche Presse, vorab die „Neue Zürcher Zeitung“, sich beeilt, als der deutsche Generalkonsul und sein Stellvertreter dieser Sache wegen die Schweiz verlassen mußten, ihnen noch eine Ehrenmeldung auszustellen! Durch einen Spizel aber wollte nun der Regierungsrat auf einmal in Erfahrung gebracht haben, daß mit Bomben und Waffen in Zürich ein Putsch gemacht werden sollte. Und dahinter sollte die organisierte Arbeiterschaft stecken, die — im Gegensatz zu der herrschenden Partei — in der Schweiz noch nie einen Putsch gemacht hat und die ein Gegner des Putschismus ist. Von fürchterlicher Angst getrieben, verkroch sich dieser Regierungsrat in die Kaserne und verlangte vom Bundesrat aufs eiligste zehntausend Soldaten, die denn auch sofort aufgeboten wurden, trotzdem das schwer unter der Grippe leidende Zürich, ein eigentlicher Herd der Ansteckung, sich vollständig ruhig verhielt. Sowohl die von behördlicher Seite gegen die Arbeiterschaft ausgestreuten giftigen Verleumdungen als das Militäraufgebot verletzten die gesamte organisierte Arbeiterschaft, gegen die man mit Büge und Maschinengewehren losging, in die allergrößte Aufregung und Empörung. Sie erklärte, mit den Bomben nichts zu tun zu haben und verlangte die Zurücknahme des lächerlichen Militäraufgebotes. Allein der Regierungsrat und der Bundesrat entließen die Truppen nicht und so fielen dem Seuchentod bald Duzende von Wehrmännern zum Opfer. Der Strom der Verleumdungen gegen die ehrlich um ihr tägliches Brot kämpfende Arbeiterschaft aber versiegte nicht und die Regierenden weigerten sich kategorisch, das Militäraufgebot zurückzunehmen. Damit hatte die Prähwinkelerei der zürcherischen Regierung und des Bundesrates die gesamte schweizerische Arbeiterschaft aufgestachelt und zur Gegenwehr herausgefordert.

„Älterer „Sowjet“.

Wer ist das Ältere Aktionskomitee? Es ist eine Kommission von Vertrauensmännern der schweizerischen Arbeiterschaft und der Angestelltenorganisationen, die von einem schweizerischen Arbeitertag gewählt worden war zur Vertretung der Arbeiter- und Angestellteninteressen gegenüber den Behörden. Es sollte, wenn die Arbeiterschaft gezwungen würde, in den Kampf zu treten, diesen führen. Um gegen die der zürcherischen Arbeiterschaft angetane Schmach zu protestieren und gleichzeitig die Solidarität der schweizerischen Arbeiterschaft zu bekunden, beschloß es auf Samstag, den 9. November, einen allgemeinen Proteststreik, der in etwa dreißig Städten und Ortschaften in völliger Ruhe und Disziplin durchgeführt worden ist. Aber nun zeigte es sich, daß der langaufgehäufte Groll des arbeitenden Volkes nicht in einem halben Tage verpuffte. Die Arbeiterschaft von Stadt und Kanton Zürich wollte die Arbeit nicht wieder aufnehmen, bis das Militäraufgebot zurückgezogen und seitens der Behörden gewisse alte, tausendfach gerechtfertigte Forderungen bewilligt waren. Am Sonntag abend schlossen sich bereits die Eisenbahner auf den Plätzen Zürich und Winterthur ihren kämpfenden Kameraden an. Die Bewegung war nicht mehr aufzuhalten. Sie mußte mit oder ohne Zustimmung des Aktionskomitees auf andere Teile der Schweiz übergreifen. Bei dieser Situation, dieser allgemeinen Entrüstung der Arbeiterschaft und ihrer Entschlossenheit, nicht wieder zur Arbeit zurückzukehren, bis etwas erreicht sei, mußte das schweizerische Aktionskomitee auch für die übrige Schweiz die Parole zur allgemeinen Arbeitsniederlegung ausgeben. Sie wurde von den Arbeitern mit heller Begeisterung überall begrüßt. Dazu trug nicht am mindesten bei, daß inzwischen in Zürich bereits die Militärdivisionsfabrikant und Bohndrücker, stand, ferner daß harmlose Versammlungen aufgelöst und mit Kavallerie auseinandergetrieben worden waren, daß von den „Landesverteidigern“ auf ein widerstandsloses, größtenteils sogar bürgerliches Straßenpublikum Gewehrsalben abgeschossen und dabei drei Zivilisten verwundet, ein Soldat von einem abgeprallten Geschloß seiner Kameraden getötet worden war.

Die „Revolution“.

Und nun erlebte die Schweiz ihren ersten großen Landesstreik. Am 12. November 1918 standen wohl 400,000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik. Zum erstenmal hatte der große Gedanke der Solidarität, der Gemeinsamkeit ihrer Interessen, sie durchzuckt und zu solcher gemeinsamer Tat aufgerufen. Nicht der Ruf einzelner hätte vermocht, was hier die jahrlange Tortur einer Herrschaft der Generalvollmachten und der schamlosesten Auspöckerung zustande brachte. Ein Pulsschlag durchzitterte sie alle, ein Gedanke belebte sie: Wir wollen endlich unser Recht! Sie hatten gesehen, wie im Osten und Norden die Völker ihre angestammten Blutsauger zum Teufel jagten. Aber merkwürdig: Die 400,000 Arbeiter, die angeblichen „Revolutionäre“ und „Bolschewiki“, griffen nicht zur Gewalt. In Zürich stand die Arbeiterschaft sechs, zum Teil acht Tage lang im Kampfe, in diesem Zürich, das ja von geheimen Waffen- und Bombenlagern strotzen sollte, ereignete sich so wenig wie in der gesamten übrigen Schweiz auch nur eine einzige Handlung, welche die Richtigkeit der früher ausgestreuten Verleumdungen erwahrt hätte. Trotz Maschinengewehren und Kavalleristen im Sturmhelm, trotz scharfer Munition und Handgranaten bewahrte dieses gewaltige Heer der feiernden Arbeiterinnen und Arbeiter eifige Ruhe. Nie ist eine Lüge durch die Tatsachen schonungsloser enthüllt worden als hier! Sie hatten von einem Butsch und von Revolution gemurmelt, und nun zeigte die Arbeiterschaft dieses imposante Bild der Ruhe, Disziplin und der Geschlossenheit! Die höchsten Erwartungen über Umfang und Ausdehnung eines Landesstreikes wurden bei weitem übertroffen. Keine Militäraufgebote, keine Verhaftungen und Einkerkelungen vermochten die Solidarität dieser Masse zu brechen. Sie stand fest und unerschütterlich, bis — nach der Meinung der meisten zu früh — das Signal zum Abbruch kam.

Die bösen Bolschewiki.

Diesen Streik von 400,000 Arbeitern sollen die bösen Bolschewiki mit ihren in die Schweiz verschleppten Millionen gemacht haben. Nun ist der Kampf aus den Arbeitermassen heraus entstanden, und sie kämpfen ohne die mindeste Streikentschädigung, ohne einen einzigen Rappen von irgend einer Seite her zu erhalten. Und um was kämpfen denn diese „ausgemachten Bolschewiki“, welche die Welt in ihre Hosentasche stecken und jedem Bourgeois den Hals umbrehen wollten? Sie kämpfen um die selbstverständlichsten, legalsten Forderungen. Sie forderten, daß die Herrschaft der Minderheit, der gnädigen Herren vom Freimaurerklub, verschwinde. Sie forderten, daß das abgewirtschaftete Majorzparlament, das nicht mehr den Volkswillen repräsentiert, schleunigst ausziehe und einem aus neuen, gerechtern Wahlen hervorgegangenen Nationalrat Platz mache. Sie forderten, daß nicht nur die eine Hälfte der Bürger, sondern daß auch die andere Hälfte, die Bürgerinnen, der politischen Rechte teilhaftig werden. Sie forderten den Achtstundentag, der bereits in einer Anzahl großer Industrieländer verwirklicht ist! Sie forderten die Demokratisierung des Heeres, in welchem nach preußisch-wilhelmschem Muster Schlauch, Drill und Schikane zur täglichen Kost gehören. Sie forderten eine bessere Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit der Landwirtschaft. Sie forderten die Alters- und Invalidenversicherung, damit nicht nach einem Leben voller Arbeit der arme Teufel auf den Spittel angewiesen sei, sondern ein gesichertes Alter genieße. Sie forderten, daß jene, welche die Kriegsgewinne einheimsten und Milliarden anhäufsten, auch die Kosten des Krieges, die Kosten der Mobilisation, die Staatsschulden bezahlen sollten! Sie forderten, daß die Riesengewinne des Import- und Exporthandels der Allgemeinheit zufließen sollen durch Verstaatlichung des Auslandshandels. Sie forderten die allgemeine Arbeitspflicht. Die Forderung ist nicht neu, sondern gut an die zweitausend Jahre alt. Ist doch schon damals geschrieben worden: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Ist das ungerecht? Ist das zu viel verlangt? Waren das revolutionäre Forderungen? Kann und muß nicht jeder gerecht denkende Mensch für solche Forderungen einstehen? Aber weil diese Forderungen dem arbeitenden Volke hülfen, weil die Erfüllung dieser Forderungen unsern Geschniegelten und Gebügelten vielleicht etwas von ihrem Ueberfluß genommen hätten, weil auch sie gezwungen worden wären, hinfort in anständiger Weise von ihrer Hände Arbeit zu leben, darum erfand man das Ueberspinnst des Bolschewismus. Es ging ja um Profit und Superdividende, da lohnte es sich wohl, den Bolschewismus als gehörnten Teufel an die Wand zu malen und die Dummen damit zu schrecken. Nein, diese Forderungen müssen und werden die Forderungen des gesamten Schweizer Volkes werden, wenn es aus seiner gedrückten Lage herauskommen, wenn es das Regiment der Fabrikbarone und der viden Bankverwaltungsräte und ihres Anhanges einmal beseitigen und erst dann die wirkliche Demokratie der wahren Gleichberechtigung aller Bürger und nicht nur der scheinbaren aufrichten will! Diese Demokratie wird kommen, weil sie in der Natur des Menschen liegt. Die Geldregenten von heute werden so sicher eines Tages nicht mehr das Schweizervolk fuchsen und drangsaliieren, so sicher die alten gnädigen Herren und Oberen, die Blaustrümpfler der guten alten Zeit, verschwinden mußten.

Die Wirkungen des Kampfes.

Scheinbar hat dieser Kampf ohne Erfolg für die Arbeiterschaft geendet. Aber nur scheinbar! Die reaktionäre Sippe, die heute gröhlt und Bürgerwehren gründet, wird den Zug der Zeit so wenig aufzuhalten vermögen, wie die Feuerwehr von Dingsda, die vor siebzig Jahren den ersten Eisenbahnzug mit einer quergebaltene[n] Wagendeichsel glaubte aufhalten zu können. Der Bundesrat versprach sofort ein Proporzgesetz den Räten vorzulegen, so daß die Neuwahlen im Frühjahr des nächsten Jahres werden stattfinden können. Der Streik hat also diesem vermorrhähten und verfaulenden Landesparlament den

Todesstoß gegeben. Auch soll die Herrschaft der Ausschließlichkeit, des Konkordats, in den ausführenden Behörden gebrochen werden. Sofort nach dem Streik sah der Bundesrat sich genötigt, nun auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung endlich ernsthaft an die Hand zu nehmen. Der zürcherische Kantonsrat stimmte unter Mitwirkung aller Fraktionen für den Kanton Zürich dem Frauenstimm- und -wahlrecht, dem Achtstundentag zu. Die Errichtung von Lohnämtern, die beschleunigte Einführung der Alters- und Invalidenversicherung wurden seitens des Regierungsrates in Aussicht gestellt. Die Wirkung auf andere Kantone wird nicht ausbleiben. Gerade durch diese im Gefolge des Streiks gemachten Zugeständnisse haben die kapitalistischen Parteien die Begründetheit des großen Arbeiterausstandes zugegeben, wenn ein solcher Nachweis überhaupt noch notwendig gewesen wäre. Darum höre man mit dem Geschrei über den Streik endlich auf, wenn man eingestehen muß, daß man schwere Unterlassungen, unverzeihliche Sünden auf dem Perbholz hat, und ziehe die Lehren für die Zukunft daraus. Das gewaltige Ereignis des Landesstreiks hat bewirkt, daß die Forderungen der Arbeiterschaft auf einen Schlag zum Gegenstand der allgemeinen Diskussion wurden und Zehntausende von Bürgern die volle Berechtigung dieser Forderungen nicht mehr abstreiten, sondern im Gegenteil ihnen zustimmen und sie unterstützen. Ist auch das ein Gewinn des Kampfes, der sich nicht in Zahlen und runden Summen ausdrücken läßt, so noch viel mehr das Selbstvertrauen, das die Arbeiterschaft in diesem Kampfe gewonnen hat, wo zum ersten Male ihre ganze wirtschaftliche Macht — „eine fürchterliche Macht“ nannte sie Bundespräsident Calonder im Nationalrat! — in die Waagschale geworfen worden ist.

Das schlechte Gewissen.

Und nun kommen sie wie immer, wenn die Arbeiterschaft sich gerührt und ihre Ungebuld in unliebsamer Weise zum Ausdruck gebracht hat. Das schlechte Gewissen hat in diesen Tagen manchem geschlagen, und nun kann man neben großmauligen Brühlhanfereien auch Schulbekenntnisse zu Dutzenden in der nichtsozialdemokratischen Presse lesen. Wir begnügen uns mit einem einzigen Exempel.

Der „Landschäftler“ warnt davor, daß das schweizerische Bürgertum heute allzusehr auf den Machtstandpunkt poche. „Wer gibt uns Gewähr dafür, daß in der Zukunft nicht im geheimen eine Machtverschiebung zu unsern Ungunsten eintreten könnte?“ Dann fährt das Blatt weiter: „Der Weg, den wir anhin begangen haben, ist ausgetreten und dürfte uns schließlich zu Fall bringen, würden wir nicht den Mut und die Kraft haben, neue Bahnen zu wandeln oder zum mindesten die alten Schäden auszubessern. Gerade die vergangenen Tage sollten uns in dieser Hinsicht eine ernste Mahnung sein. Uns erwachsen neue große Aufgaben, müssen wir doch dem politischen und wirtschaftlichen Leben neue Form, neuen Inhalt geben. Im arbeitenden Volk herrscht viel Elend und Not, es leidet vielfach bitter unter Ungerechtigkeiten, ja selbst schamloser Ausbeutung. Wenn es daher seine Lage verbessern will, danach strebt, künftig auch menschenwürdig leben zu dürfen, so ist dies sein gutes Recht, ja seine Pflicht. Es wurde zwar in letzter Zeit sehr viel von sozialen Neuerungen gesprochen. Selbst jene bürgerlichen Kreise, für die gewisse soziale Fragen eigentlich vor Wochen überhaupt noch nicht existierten, beileben sich nun zu erklären, auch sie seien sehr für die Sache. Zukunftsprogramme werden aufgestellt. Regierungen und Parlamente erklären unter dem Druck der Stunde diesen und jenen Fortschritt anbahnen zu wollen. Dürften wir diesen Worten glauben (also selbst der „Landschäftler“ zweifelt daran!), so könnte man hoffen, unsere Demokratie wolle künftig auch auf sozialem Boden andern ein Vorbild sein. Bis zur Stunde hat man unsere Arbeiterschaft nur zu gern mit großsprecherischen Worten abgefertigt und

daneben verstand man es ausgezeichnet, selbst bringend notwendige Neuerungen ungehörlich lange zu verschleppen. Mit leeren Worten allein lassen sich die Arbeiter heute nicht mehr abspeisen. Sie wollen endlich große soziale Taten sehen.“

So spricht das Schuldbewußtsein, das schlechte Gewissen, das eingesteht, daß die regierende Minorität, die Kapitalherrschaft im Lande und ihre politischen Trabanten, die bürgerlichen Parteien, durch ihre sozialpolitische Anorzerie, durch ihre leeren, tatenlosen Phrasen, mit denen man die Arbeiter seit Jahren abfütterte, den Landesstreik verursacht haben. Die eigentlichen Schuldigen sind also nicht jene Arbeiter und ihre Vertrauensleute, die heute vor den Kriegsgerichten als Missetäter auf der Anklagebank sitzen, sondern es ist unsere ungerechte Weltordnung, die zu alledem führte und die rasch geändert werden muß, wenn nicht ähnliche Erschütterungen in noch viel heftigerer Form sich wieder ereignen sollen.

Nach so vielen bitteren Enttäuschungen wird man freilich den guten Worten und schönen Versprechungen auch heute keine Bedeutung mehr beimessen. Man hat diese Musik schon oft gehört, aber man klatscht nicht mehr so geschwind Beifall. Was uns not tut ist Gerechtigkeit! Gerechtigkeit ist Sozialismus. Wie sollen wir aber Gerechtigkeit aus den Händen jener erwarten, die aus der Ungerechtigkeit ihren Nutzen ziehen? Es wird dem armen Volke auch heute nichts geschenkt um Gottes willen. Es muß sich sein Recht selber holen. Es muß es erkämpfen. So war es zu allen Zeiten, und es ist heute noch nicht anders.

Was nun?

Zehntausende sind in diesem Kampfe aus der Stumpfheit und Gleichgültigkeit aufgerüttelt und zum bewußten politischen Leben erweckt worden. Die Opfer, welche der einzelne brachte, sind gewiß nicht zu unterschätzen. Der Lohnausfall mag mancher Familie wehe tun. Viele Frauen und Mütter, die sonst schon mit dem kleinen Verdienst nicht auskamen, mögen senzen und kleinmütig verzagen, weil ihre Unkenntnis der Lage ihnen nicht hilft die Tragweite der politischen Wirkungen für die Zukunft abzuschätzen. Soll das, was der Landesstreik in Fluß gebracht hat, zu einem dauernden Gut des Volkes werden, dann bedarf es des Zusammenschlusses aller Kräfte. Hinein in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, damit dauernd einer am andern Halt und Rücken hat! Hinein mit der Arbeiterzeitung in jedes Dorf, in jedes Arbeiterhaus! Das sind auch heute noch die dringendsten, nächsten Aufgaben des Tages. Das andere wird sich von selbst ergeben. Mag heute das fatte Bürgertum heulen und zetern. Mögen die Demagogen von den stimmsschwachen bürgerlichen und grünlianerischen Parteien, die Lauen und die Flauen, die sich im Kampfe gegen die Geldmacht feige gedrückt, heute wie die Satane die kämpfende Arbeiterschaft verlästern und verleumden — es nützt doch nichts. Die Zeit ist mit uns! Noch ist der Weltkrieg nicht liquidiert. Hunderte von Milliarden von Kriegsschulden lasten auf den Völkern. Die Bewegung, welche die Völker ergriffen hat, macht vor keinen Staatsgrenzen Halt. Sie wird auch das italienische, das französische, das englische, das amerikanische Volk ergreifen und einer neuen Gesellschaftsordnung entgegenführen. Was dann, wenn die Schweiz allein zurückbleibt? Ein neues 1798? Soll der Fortschritt uns wie vor 120 Jahren von außen diktatorisch aufgedrängt werden, weil das Schweizer Volk nicht imstande ist, ihn selber zu wollen und ihn selber zu gestalten? Haben wir acht, daß wir Schritt halten, und arbeiten wir, statt an der Gründung von Bürgerwehren, an der Verwirklichung der sozialen Forderungen zum Wohle des gesamten arbeitenden Volkes!